

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



## 14.011 Delegation bei der Interparlamentarischen Union. Bericht

---

Bericht der Schweizer Delegation bei der Interparlamentarischen Union vom 31. Dezember 2013

---

Die Schweizer Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den beiden jährlichen Interparlamentarischen Versammlungen sowie an weiteren Konferenzen und Arbeitstreffen der IPU teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen unterbreitet sie hiermit den eidgenössischen Räten den Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit im Jahr 2013.

### Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation  
Der Präsident (2012/2013):

Peter Bieri

#### Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Neuerungen in der Arbeitsweise
- 3 Neues Logo
- 4 Budget der IPU
- 5 Eröffnung des Verfahrens zur Wahl eines neuen Generalsekretärs
- 6 Die 128. Versammlung der IPU in Quito
- 7 Die 129. Versammlung der IPU in Genf
- 8 Weitere Anlässe der IPU mit Schweizer Beteiligung
- 9 Reisekosten



## 1 Einleitung

Der Jahresbericht 2013 der Schweizer Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) informiert über die Anlässe und Treffen der IPU im Berichtsjahr, an welchen Mitglieder der Schweizer Delegation oder weitere Mitglieder der Bundesversammlung beteiligt waren. Im Vordergrund stehen die beiden Interparlamentarischen Versammlungen des Jahres 2013:

- die 128. Versammlung der IPU vom 22. bis 27. März 2013 in Quito (Ecuador) und
- die 129. Versammlung der IPU vom 3. bis 9. Oktober 2013 in Genf.

Mitglieder der Delegation und weitere Vertreterinnen der Bundesversammlung haben ferner an folgenden Konferenzen und internationalen Treffen der IPU und ihrer Organe teilgenommen:

- Sitzung des Komitees für die Menschenrechte von Parlamentsmitgliedern vom 14. bis 18. Januar 2013 in Genf;
- Sitzung des Leitungsausschusses der europäischen Ländergruppe (Zwölf plus) vom 25. Februar 2013 in Paris;
- Sitzung des Leitungsausschusses der europäischen Ländergruppe (Zwölf plus) vom 9. September 2013 in Paris;
- Parlamentarierseminar zum Thema der Reform der Drogenpolitik vom 28./29. Oktober 2013 in London;
- 8. Treffen der Präsidentinnen nationaler Parlamente vom 12./13. November 2013 in New York;
- IPU-Parlamentarier-Hearing vom 14./15. November 2013 bei den Vereinten Nationen in New York.

Der Bericht äussert sich ferner zu Neuerungen in der Organisation und im Erscheinungsbild der IPU sowie zu den aktuellen Herausforderungen, mit denen sich die Union konfrontiert sieht.

### Zusammensetzung der Schweizer Delegation bei der IPU im Jahr 2013:

Präsident:	Peter Bieri	SR/CVP
Vizepräsident:	Pierre-François Veillon	NR/SVP
Mitglieder:	Ignazio Cassis	NR/FDP
	Felix Gutzwiller	SR/FDP
	Claude Janiak	SR/SP
	Margret Kiener Nellen	NR/SP
	Lucrezia Meier-Schatz	NR/CVP
	Felix Müri	NR/SVP



## 2 Neuerungen in der Arbeitsweise

Die IPU hat im Verlauf des Berichtsjahres verschiedene Änderungen ihrer Statuten und Reglemente beschlossen, welche sich auf das Format der Versammlungen und die Arbeitsweise der Kommissionen auswirken. Bislang fand jeweils im Frühjahr eine Versammlung im grossen Format von fünf Tagen statt und im Herbst eine zweite Versammlung in einem kleineren Format von drei Tagen Dauer, mit einer reduzierten Teilnehmerzahl und ohne die Verabschiedung von Resolutionen der drei ständigen Kommissionen.

Ab 2014 haben die beiden jährlichen Versammlungen neu ein identisches Format. Beide dauern vier Tage, an beiden befassen sich die ständigen Kommissionen mit Resolutionen, und an beiden Versammlungen sind die nationalen Delegationen mit ihrer vollen Vertretung vor Ort. Für die Schweiz, wie für alle anderen Mitgliedstaaten mit weniger als 100 Millionen Einwohnern, bedeutet dies eine Delegation von acht Parlamentsmitgliedern.

Zugleich wird auch die Arbeit in den ständigen Kommissionen neu gestaltet. In der Kommission fand bisher weitgehend eine allgemeine Debatte über ein vorbestimmtes Resolutionsthema statt. Dabei trugen die meisten Delegierten einen vorbereiteten Text vor, was zu einer Aneinanderreihung von Voten führte, die ein gegenseitiges Bezugnehmen sowie eine gewisse Spontaneität und Interaktivität weitgehend vermissen liessen. Die Beratung der zahlreichen Änderungsanträge zu den Resolutionstexten wurde an ein kleines Redaktionskomitee delegiert. Die Diskussion über die eingereichten Änderungsanträge und der Beschluss, welche Anträge aufgenommen oder abgelehnt werden, sollen neu im Plenum der Kommission stattfinden. Damit sollen die Kommissionssitzungen nicht nur spontaner und interaktiver werden, sondern sie sollen auch der Arbeit von Kommissionen, wie die meisten Parlamente sie kennen, angeglichen werden. Erschwert wird dies durch den Umstand, dass jede Delegation zwei Personen in eine Kommission entsenden kann. Wenn sich rund 120 nationale Delegationen an einer Versammlung beteiligen, ergibt dies einen sehr grossen Teilnehmerkreis für eine Kommissionssitzung. Zugleich fällt die spontane Meinungsäusserung nicht allen Mitgliedern gleich leicht, können sich doch viele nicht in ihrer eigenen Sprache ausdrücken, sondern müssen sich in einer der fünf bis sechs Sprachen äussern, welche an Kommissionssitzungen übersetzt werden. Von den Mitgliedern der Schweizer Delegation können sich einzig die französischsprachigen Mitglieder in ihrer Muttersprache äussern. Die neue Beratungsweise in den Kommissionen wird sich also in der Praxis erst noch bewähren müssen, aber grundsätzlich dürfte die Neuerung trotz einzelnen Widernissen viel Zustimmung finden, wurde doch der bisherige Beratungsmodus zunehmend als erneuerungsbedürftig empfunden. Allerdings sollte aus Sicht verschiedener Mitglieder der Schweizer Delegation die Reform der Arbeitsweise in den Kommissionen noch weiter vorangetrieben werden. Insbesondere sollte jede Kommission über ein permanentes Sekretariat verfügen, welches die Arbeit in professioneller Weise vorbereiten und unterstützen kann. Bisher stehen den Kommissionen zwar anlässlich der Sitzungen Sekretariatsmitarbeitende zur Verfügung. Diese müssen sich aber anschliessend gleich wieder um zahlreiche andere Aktivitäten und Themen der IPU kümmern und können damit nicht kontinuierlich und langfristig die Themen der Kommission vorbereiten und verfolgen. Dies wirkt sich umso stärker aus, als auch die Bindung der Parlamentsmitglieder an die Kommissionen sehr schwach ausgebildet ist. Die Teilnehmerschaft an den Folgesitzungen der Kommissionen an der nächsten Versammlung ist oft bereits weitgehend wiederum anders zusammengesetzt.

### 3 Neues Logo

In den Gremien der IPU, insbesondere im Exekutivkomitee, wurde seit längerer Zeit um ein neues und zeitgemässeres Erscheinungsbild der Organisation gerungen. Sichtbarster Ausdruck dieser Erneuerung sollte ein neues Logo sein, welches das altvertraute Logo mit dem Lorbeerkranz, dem griechischen Tempel – der ein Parlamentsgebäude signalisieren soll – sowie der Jahreszahl 1889, dem Gründungsjahr der Union, ablösen sollte. Zu diesem Zweck wurde eine internationale Agentur beauftragt, Vorschläge zuhanden des Exekutivkomitees auszuarbeiten.

Alle beharrlichen Überzeugungsversuche des Sekretariats und der Beizug von hochkarätigen externen Beratern vermochten die Mehrheit des Exekutivkomitees schlussendlich nicht von den Vorzügen oder gar der Notwendigkeit eines völlig neu konzipierten und an den Erfordernissen der modernen Medien orientierten Logos zu überzeugen. Die Mehrheit des Komitees wollte die altvertrauten Elemente beibehalten, welche Teil der Identität der Union geworden sind und welche die Weltorganisation der Parlamente auch grafisch im Umfeld anderer internationaler Organisationen ansiedeln. Das Komitee beschloss, das bisherige Logo nur leicht zu erneuern, um insbesondere die Verwendung in verschiedenen Sprachen zu ermöglichen. Das bisherige Logo war ganz auf die beiden offiziellen IPU-Sprachen Französisch und Englisch ausgerichtet gewesen und hatte diese beiden Sprachen in das Logo integriert.

Im neuen Logo kann jedes Mitglied den Namen der Union in seiner Landessprache verwenden. Dasselbe gilt für das neu ergänzte Motto „Für die Demokratie. Für alle“.



Neues Logo



verschiedene Anwendungsformen des früheren Logos

### 4 Budget der IPU

Das Budget der IPU für 2013 betrug rund 13 Millionen Franken. Für eine internationale Organisation mit 163 Mitgliedstaaten, mit zwei jährlichen Vollversammlungen und zahlreichen weiteren Konferenzen, Seminaren und Aktivitäten, welche praktisch alle Themenbereiche abdecken, die international von Interesse sind, ist das ein knapp bemessener finanzieller Rahmen. Dennoch besteht seit Beginn der Finanzkrise ein permanenter Druck, das Budget weiter zu reduzieren. Anders als bei den meisten anderen internationalen parlamentarischen Versammlungen wie zum Beispiel jenen des Europarates oder der OSZE, welche Teil einer internationalen Organisation mit



Regierungsbeteiligung sind, handelt es sich bei der IPU um eine parlamentarische Organisation ohne Regierungsbeteiligung. Bei internationalen Organisationen, die der Zusammenarbeit sowohl der nationalen Regierungen wie auch der nationalen Parlamente dienen, wird der Jahresbeitrag der Mitgliedstaaten, welcher auch die Kosten für die parlamentarische Versammlung abdeckt, in der Regel über das Budget der Regierung abgewickelt. Das nationale Parlament kommt aus seinem eigenen Budget nur für jene Kosten auf, welche durch die Teilnahme der eigenen Parlamentarierdelegation an den Sitzungen und Arbeiten der betreffenden parlamentarischen Versammlung entstehen. Anders bei der IPU: Hier bezahlen die nationalen Parlamente aus ihrem Budget vollumfänglich die Mitgliederbeiträge, welche zur Finanzierung der Organisation, ihres Personals und all ihrer Aktivitäten erforderlich sind.

Entsprechend erscheint die IPU im Budget insbesondere jener Parlamente, welche zu den grossen Beitragszahlern gehören, als bedeutender Ausgabenposten, welcher vor allem in Zeiten von schrumpfenden Parlamentsbudgets und linearen Kürzungen der Parlamentsausgaben schwer aufliegt. So hat das kanadische Parlament schon im vergangenen Jahr angekündigt, sich aus der Organisation zurückzuziehen, falls der Mitgliederbeitrag nicht substanziell reduziert wird. Die Höhe der Beiträge wird analog zu den Beitragszahlungen der entsprechenden Staaten in der Uno berechnet. Kanada stellt diese Berechnungsweise nicht infrage und verlangt nicht etwa, dass einseitig nur der kanadische Beitrag reduziert werde. Die Reduktion soll im Rahmen einer generellen Senkung der Beiträge für alle Mitglieder im gleichen Verhältnis wie für Kanada erfolgen. Um genügend Zeit für den erforderlichen Anpassungsprozess zu gewähren, hat Kanada inzwischen sein Einverständnis gegeben, den Beitrag für das Jahr 2014 nochmals in der bisherigen Höhe zu leisten. Dieser Beschluss erfolgte allerdings mit der klaren Ankündigung, dass bei der Festlegung des Budgets für 2015 eine substanzielle Reduktion erfolgen muss, andernfalls werde Kanada seinen Austritt erklären. Verschiedene europäische Mitglieder, die ebenfalls zu den bedeutenderen Beitragszahlern gehören und ihrerseits auch unter Spardruck stehen, unterstützen das Anliegen von Kanada.

## **5 Eröffnung des Verfahrens zur Wahl eines neuen Generalsekretärs**

Seit 1998 leitete Anders B. Johnsson als Generalsekretär das Sekretariat am Hauptsitz der IPU in Genf. Im Juni 2014 geht seine vierte Amtszeit zu Ende. Eine Wiederwahl für eine fünfte Amtszeit ist nicht mehr möglich. Das Reglement wurde inzwischen sogar insofern verändert, als künftig nur noch maximal drei Amtsdauern à vier Jahre möglich sein werden. Im Sommer 2013 wurde das Amt zur Neubesetzung ausgeschrieben. Das Exekutivkomitee der IPU hat inzwischen aus den eingegangenen Bewerbungen zwei Kandidatinnen und drei Kandidaten ausgewählt, welche anlässlich der 130. IPU-Versammlung im März 2014 zu einem Hearing eingeladen werden. Das Exekutivkomitee wird dabei eine Auswahl von mindestens zwei Kandidatinnen oder Kandidaten vornehmen, welche anschliessend dem Rat der IPU (Conseil directeur), in welchem jedes Land durch drei Personen vertreten ist, zur definitiven Wahl vorgeschlagen werden. Der Rat wird am 20. März in einem geheimen Wahlverfahren eine Kandidatin oder einen Kandidaten bestimmen, der ab Juli 2014 die Führung der Amtsgeschäfte der IPU übernehmen wird.



## 6 Die 128. Versammlung der IPU in Quito

Das Parlament von Ecuador war Gastgeber der 128. IPU-Versammlung, die vom 22. bis 27. März 2013 in Quito stattfand. Die Schweiz war durch eine Delegation von sieben Mitgliedern des National- und des Ständerates vertreten.

Die Zusammensetzung der Schweizer Delegation für die 128. Vollversammlung der IPU:

- Ständerat Peter Bieri, Präsident der Delegation, CVP, Zug
- Nationalrat Pierre-François Veillon, Vizepräsident der Delegation, SVP, Waadt
- Nationalrat Ignazio Cassis, FDP, Tessin
- Ständerat Claude Janiak, SP, Baselland
- **Nationalrätin Margret Kiener Nellen, SP, Bern**
- Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, CVP, St. Gallen
- Nationalrat Felix Müri, SVP, Luzern

Die Versammlung wurde am 22. März 2013 im Plenarsaal der Nationalversammlung von Ecuador eröffnet. Nach dem Präsidenten der Nationalversammlung von Ecuador, dem Vertreter des Uno-Generalsekretärs, Philippe Douste-Blazy, und dem Präsidenten der IPU, Abdelwahad Radi, ergriff zum Schluss auch der Präsident von Ecuador, Raffael V. Correa, das Wort.

In einer über einstündigen Ansprache hob er zunächst die Vorzüge und Schönheiten von Ecuador hervor. Den grössten Teil der Rede nutzte er jedoch dazu, die Vorherrschaft des Kapitals zu geisseln, welches höher gewichtet werde als menschliche Werte. Er übte harsche Kritik an den USA (welche als Nichtmitglied der IPU an diesem Anlass nicht vertreten waren), welche er unter anderem wegen der Wirtschaftsblockade gegen Kuba, der Folter von Gefangenen in Guantanamo und der Einmischung in die Angelegenheiten der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR) anprangerte. Er warf den USA, Grossbritannien und anderen westlichen Ländern neokolonialistisches Verhalten vor. Grossbritannien kritisierte er insbesondere, weil es noch immer die Falklandinseln (Malvinas) als Kolonialgebiete besetzt halte. Für eine Eröffnungsansprache eines Staatsoberhauptes war dieser Auftritt bei einer IPU-Versammlung nicht nur in Bezug auf die Dauer, sondern vor allem wegen des aggressiven Tons und der Verurteilung von Drittländern ungewöhnlich und führte dazu, dass eine grössere Zahl von Delegierten den Saal verliessen.

Am folgenden Morgen, dem ersten offiziellen Konferenztag, begann in der Vollversammlung die **Plenumsdebatte zur Frage, wie die Weltgemeinschaft von einer unkontrollierten Wachstumspolitik den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung** finden kann. Ständerat Peter Bieri, Präsident der Schweizer Delegation, beteiligte sich als Vertreter der Schweiz an dieser Debatte. Er wies darauf hin, dass die Schweiz seit 1999 die nachhaltige Entwicklung als Staatsziel in der Bundesverfassung festgeschrieben hat. Die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung dürften sich allerdings nicht auf die Förderung von alternativen Energien und neue Technologien beschränken. Es gehe vielmehr um Veränderungen in der Gesamtheit unseres Verhaltens, in allen Aspekten unseres täglichen Lebens, damit wir nicht länger Raubbau an den begrenzten Ressourcen unseres Planeten betrieben. Es reiche allerdings nicht aus, sich ausschliesslich im nationalen Rahmen für dieses Ziel zu engagieren. Erforderlich seien eine internationale Kooperation sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen staatlichen Organisationen und privaten Unternehmen. Ein gutes Beispiel für diese Zusammenarbeit sei das Uno-Projekt „Global Compact“. Die Vereinbarungen, welche die daran beteiligten Unternehmen unterzeichnen, hätten zwar keinen verpflichtenden Charakter. Dieses Projekt sei aber ein wichtiger erster Schritt, welchem weitere und verbindlichere Massnahmen und Vereinbarungen folgen müssten. Die



interparlamentarische Zusammenarbeit, wie sie in der IPU gepflegt wird, könne und solle eine entscheidende Rolle spielen bei dieser Entwicklung.

Der Versammlung lagen zahlreiche Vorschläge für ein **Dringlichkeitsthema** vor. In einer namentlichen Abstimmung obsiegte schliesslich der folgende Themenvorschlag von Jordanien: *Die Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der sicherheitspolitischen und humanitären Auswirkungen der Krise in Syrien und ihre Verantwortung, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie ihre internationale und humanitäre Verantwortung gegenüber syrischen Flüchtlingen übernehmen und die Nachbarländer unterstützen, welche die Flüchtlinge aufnehmen.*

Ein Ad-hoc-Komitee mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen geopolitischen Gruppen erarbeitete einen Resolutionsentwurf zu diesem Thema, der schliesslich an der Schlussversammlung der Konferenz gutgeheissen wurde.

Der Text findet sich in französischer Fassung unter diesem Link: <http://www.ipu.org/conf-f/128/Res-emrg.htm>

Weitere Schwerpunkte der Konferenz bildeten **die Resolutionsthemen der drei ständigen Kommissionen der IPU:**

- Erste Kommission: Die Rolle des Parlamentes zum Schutz des Lebens von Zivilpersonen (<http://www.ipu.org/conf-f/128/Res-1.htm>)
- Zweite Kommission: Ein fairer Handel und innovative Finanzierungsmechanismen für eine nachhaltige Entwicklung (<http://www.ipu.org/conf-f/128/Res-2.htm>)
- Dritte Kommission: Der Einsatz von Medien, einschliesslich sozialer Medien, um die Bürgerbeteiligung und die Demokratie zu stärken (<http://www.ipu.org/conf-f/128/Res-3.htm>).

Die Schweizer Delegation war in den Beratungen in allen drei Kommissionen durch ein oder zwei Mitglieder vertreten, welche bereits im Vorfeld der Konferenz Änderungs- und Ergänzungsanträge zu den Resolutionsentwürfen eingereicht hatten. Claude Janiak nahm überdies als Vertreter der geopolitischen Gruppe der europäischen Länder an den Arbeiten des Redaktionskomitees zur Schlussredaktion des Textes der dritten Kommission teil. Die Schlusstexte der Resolutionen der drei ständigen Kommissionen finden sich auf der Website der IPU unter dem digitalen Verweis, der jeweils nach dem Resolutionstitel angegeben ist.

Zu verschiedenen weiteren Themen fanden Podiumsdiskussionen statt. So befasst sich ein Panel mit der Frage, ob die Legalisierung von Drogen ein geeignetes Mittel zur Eindämmung des organisierten Verbrechens sein kann. Ein anderes Podium ging der Frage nach, wie die parlamentarische Solidarität mit Parlamentsmitgliedern, welche Bedrohungen ausgesetzt sind, wirkungsvoll verstärkt werden kann.

Zwei Mitglieder der Schweizer Delegation sind ad personam gewählte Mitglieder von ständigen Organen der IPU: Nationalrat Veillon als Mitglied des Exekutivkomitees und **Nationalrätin Kiener Nellen als Mitglied des Komitees für die Menschenrechte von Parlamentsmitgliedern.**

Besondere Ereignisse aus Sicht der Schweizer Delegation:

- Claude Janiak wurde als Mitglied des Büros der Kommission für Demokratie und Menschenrechte gewählt.



- Die Vorschläge von Pierre-François Veillon zum Terminplan und zur Vorgehensweise bei der anstehenden Wahl einer neuen Generalsekretärin oder eines neuen Generalsekretärs der IPU fanden im Exekutivkomitee eine Mehrheit und werden umgesetzt. Unter anderem hatte er beantragt, die Suche nach einer geeigneten Nachfolge bereits 15 Monate vor Ablauf der Amtszeit des aktuellen Inhabers aufzunehmen und nicht erst 10 Monate, wie bisher im Reglement vorgesehen. Das Profil der ausgeschriebenen Stelle soll überdies Erfahrungen im Bereich der parlamentarischen Arbeitsweise und Prozeduren stärker gewichten als Erfahrungen bei internationalen (Regierungs-)Organisationen.
- Das Exekutivkomitee beschloss ferner auf Antrag von Pierre-François Veillon, dass die externen Revisoren der IPU – zurzeit die Vertreter der Eidgenössischen Finanzkontrolle – anlässlich der nächsten Sitzung des Komitees im Oktober 2013 eingeladen werden sollen, dem Komitee ihren Revisionsbericht zu präsentieren und zu erläutern. Bisher hatte das Komitee jeweils nur auf schriftlichem Weg von den Arbeiten der Revisoren Kenntnis genommen. Ebenso soll die schwedische Expertin Eva Nycander, die einen Evaluationsbericht über die Tätigkeit der IPU im Bereich der technischen Entwicklungszusammenarbeit verfasst hat, an der Sitzung des Exekutivkomitees angehört werden.
- Margret Kiener Nellen informierte das Plenum an der Schlussversammlung als Berichterstatterin des Komitees für die Menschenrechte von Parlamentsmitgliedern über sämtliche hängigen Fälle, mit welchen sich das Komitee im Verlauf dieser Konferenz befasst hatte. Das Plenum nahm sämtliche präsentierten Resolutionsentwürfe vorbehaltlos an.
- Im Anschluss an die Konferenz besuchte die Delegation zwei Projekte von Terre des Hommes in Quito, welche auch durch finanzielle Beiträge aus der Schweiz mitgetragen werden. Das erste Projekt war ein Tagesheim für Kleinkinder und Jugendliche in einem Armenviertel der Stadt, welches Kinder aufnimmt und fördert, die in schwierigen familiären Situationen aufwachsen. Beim zweiten Besuch handelte es sich um ein Treffen und eine Diskussion mit der regionalen Jugendstaatsanwaltschaft. Sie ist zuständig für Kinder und Jugendliche, welche mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, und engagiert sich dafür, dass, wo immer vertretbar, anstelle eines Strafvollzugs zunächst Resozialisierungsmassnahmen geprüft werden. Durch den Strafmassnahmenvollzug in Haftanstalten für Erwachsene steigt die Gefahr, dass Jugendliche schon nach ersten kleinen Gesetzesverstössen durch das ungünstige Umfeld endgültig in eine kriminelle Laufbahn abgedrängt werden. Geeignete Resozialisierungsmassnahmen bieten gefährdeten Jugendlichen eine Chance, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren, womit für sie selbst wie auch für die Gesellschaft ein grosser Nutzen entsteht.

Der Generalsekretär der Bundesversammlung, Christoph Lanz, und der stellvertretende Generalsekretär, Philippe Schwab, nahmen an der gleichzeitig in Quito stattfindenden Konferenz der Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre von Parlamenten (ASGP) teil. Philippe Schwab ist Mitglied des Exekutivkomitees der ASGP.

Insgesamt beteiligten sich 1200 Delegierte aus 118 Mitgliedstaaten an der Versammlung, darunter auch 33 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten.

Weitere Informationen zur Konferenz finden sich auf der Website der IPU unter:  
<http://www.ipu.org/conf-f/128agnd.htm>





## 7 Die 129. Versammlung der IPU in Genf

Nachdem die Herbstversammlung in den vorangegangenen beiden Jahren in Bern und Quebec stattgefunden hatte, kehrte sie 2013 nach Genf zurück. An der Konferenz im Centre International de Conférences (CICG) in Genf nahmen zwischen dem 3. und 9. Oktober 1191 Delegierte aus 132 Mitgliedsländern teil, darunter 539 Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie 40 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Der Frauenanteil betrug 31,2 Prozent.

Die Bundesversammlung war durch folgende Mitglieder der IPU-Delegation vertreten:

- Ständerat Peter Bieri, Präsident der Delegation, CVP, Zug;
- Nationalrat Pierre-François Veillon, Vizepräsident der Delegation, SVP, Waadt;
- **Nationalrätin Margret Kiener Nellen, SP, Bern;**
- Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, CVP, St. Gallen;
- Nationalrat Ignazio Cassis, FDP, Tessin;
- Ständerat Claude Janiak, SP, Baselland,
- Nationalrat Felix Müri, SVP, Luzern.

Der Generalsekretär der Bundesversammlung, Herr Philippe Schwab, nahm an der Konferenz der Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre von Parlamenten (ASGP) teil.

### Die Themen der 129. IPU-Versammlung

- **Dringlichkeitsdebatte:** Unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse in Syrien entschied sich die Versammlung für eine Dringlichkeitsdebatte zum Thema „Die Überwachung der Zerstörung von Chemiewaffen und das Verbot, diese zu verwenden“. Das Thema war von den skandinavischen Ländern, die dazu auch einen Resolutionsentwurf erarbeitet hatten, lanciert worden. Der Debatte ging eine kurze Einführung der finnischen Abgeordneten Lohela voraus. Im Anschluss an die Debatte wurde ein Redaktionskomitee, zusammengesetzt aus Mitgliedern aller geopolitischen Gruppen, beauftragt, einen Resolutionsentwurf zu erarbeiten, welcher in der Folge am letzten Sitzungstag wieder der Versammlung vorgelegt wurde. Obwohl einzelne Länder Vorbehalte anmeldeten (unter ihnen auch Syrien), stimmte die Mehrheit der Versammlung der Resolution zu. Der Wortlaut der Resolution findet sich unter folgendem Link: <http://www.ipu.org/conf-f/129/res-emrg.htm>
- **Paneldiskussion der ersten ständigen Kommission:** Die Paneldiskussion der ersten ständigen Kommission schloss an das Thema Waffen an. Im Zentrum der Diskussion standen Atomwaffen. Die Diskussion trug den Titel „Für eine Welt ohne Nuklearwaffen: Beitrag der Parlamente“.
- **Paneldebatte der zweiten ständigen Kommission:** In der Podiumsdiskussion der zweiten Kommission ging es um die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum und Naturkatastrophen. Zwei Experten waren als Gastrednerinnen an die Konferenz geladen. Es handelte sich um Frau Margareta Wahlström, Sonderbeauftragte des Uno-Generalsekretärs für die Verringerung von Katastrophenrisiken, und Marleen Temerman, Verantwortliche der



WHO für den Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit. Die Debatte stand unter dem Titel „Eine Risiko-resistente Entwicklung angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der natürlichen Grenzen“.

- **Paneldebatte der dritten ständigen Kommission:** In der Paneldiskussion der Kommission für Demokratie und Menschenrechte wurde die Rolle der Parlamente beim Schutz der Rechte von Kindern sowie beim Schutz der Kinder vor Ausbeutung in Krisen und gewalttätigen Konflikten behandelt. Ein besonderes Augenmerk galt dabei unbegleiteten Migrantenkindern.
- **Diskussion über die Statuten und Reglemente der IPU:** Am letzten Sitzungstag stimmte die Versammlung einstimmig einer Reihe von Statuten- und Reglementsänderungen zu. Die Änderungen betrafen das neue Format der Versammlungen, die Arbeitsweise der ständigen Kommissionen und deren Büros sowie den Status der Kommission, die für die Beziehungen zur Uno zuständig ist. Letztere wurde in den Rang einer permanenten Kommission erhoben und damit den anderen drei ständigen Kommissionen gleichgestellt. Grössere Neuerungen betreffen das künftige Format der Herbstkonferenz. Ab dem Jahr 2014 sollen sowohl die Versammlung im Frühjahr als auch die Versammlung im Herbst gleich lange dauern. Neu werden an beiden Konferenzen Resolutionen verabschiedet werden. Die angenommenen Änderungen reihen sich ein in einen bereits länger zurückreichenden Reorganisationsprozess. Die weitere Neuerung, die im Vorfeld viel reden gegeben hatte, war das neue Logo. Die IPU hat an der Konferenz in Genf ihr neues Logo vorgestellt. Damit soll den Bestrebungen, die Organisation zu erneuern, auch visuell Ausdruck verliehen werden. Als nächster Schritt in diesem Erneuerungsprozess wird ein neuer Internetauftritt folgen.

#### Einladung der Schweizer Delegation

Am Abend des ersten Sitzungstages lud die Schweizer Delegation das Exekutivkomitee der IPU zu einem Abendessen im Hôtel Beau-Rivage in Genf ein. Anlass für die Einladung war die Verabschiedung verschiedener verdienter Mitglieder des Komitees, darunter auch Pierre-François Veillon. Der Waadtländer Nationalrat hatte sich während zwei Jahren mit grossem Engagement im obersten Leitungsorgan der Interparlamentarischen Union eingebracht. Als Präsident der Schweizer Delegation würdigte Ständerat Peter Bieri in seiner Ansprache die Arbeit des Exekutivkomitees und bedankte sich sowohl bei Pierre-François Veillon als auch bei den anderen abtretenden Mitgliedern, zu denen unter anderem der kanadische Senator Donald Oliver und der deutsche Vertreter des Bundestags Josef Winkler zählten. Der Schweizer Einladung folgten unter anderem der Präsident der Interparlamentarischen Union, Abdelwahad Radi, der Generalsekretär Anders Johnsson sowie der Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf, Botschafter Alexandre Fasel.

Weitere Informationen zur Konferenz finden sich auf der Website der IPU unter folgendem Link:  
<http://www.ipu.org/conf-f/129agnd.htm>



## 8 Weitere Anlässe der IPU mit Schweizer Beteiligung

### 8.1 Sitzung des Komitees für die Menschenrechte von Parlamentsmitgliedern vom 14. bis 18. Januar 2013 in Genf

Die IPU hat 1976 ein ständiges Komitee geschaffen, welches sich mit dem Schutz der Menschenrechte von Parlamentsmitgliedern befasst. Dieses Komitee trifft sich anlässlich jeder Versammlung zu einer mehrtägigen Arbeitssitzung, an welcher die hängigen Fälle im Detail geprüft werden. Um alle anstehenden Fälle bearbeiten zu können, versammelt sich das Komitee, welchem zehn Parlamentsmitglieder aus allen geopolitischen Gruppen angehören, regelmässig auch ausserhalb der IPU-Versammlungen. Das Komitee befasst sich ausschliesslich mit Verletzungen der Menschenrechte von nationalen Parlamentsmitgliedern. Es wird aktiv, wenn es aus glaubwürdigen Quellen Informationen erhalten hat, wonach ein Parlamentsmitglied in seinem Land in Zusammenhang mit der Ausübung seines politischen Mandats bedroht, inhaftiert oder gar ermordet wurde.

Das Komitee erstattet dem Plenum der Versammlung mündlich und schriftlich Bericht über seine Tätigkeit. Die Parlamentarierdelegationen aus Ländern mit hängigen Fällen erhalten dabei Gelegenheit zu einer Stellungnahme.

Dieses Komitee hat einen besonderen Status und geniesst ein spezielles Ansehen innerhalb der IPU. Seine Arbeit unterscheidet sich grundsätzlich von der Tätigkeit der anderen Organe der Union. Ähnlich wie ein internationales parlamentarisches Untersuchungs- und Überwachungsorgan befasst es sich ganz konkret mit individuellen Rechtsfällen und Einzelschicksalen. Es gelingt ihm dabei immer wieder, durch beharrliches Nachfragen bei den zuständigen Behörden, durch Besuche in den jeweiligen Ländern und durch unbeirrtes Verfolgen der pendenten Fälle positiven Einfluss auf das Schicksal von einzelnen verfolgten und bedrohten Parlamentsmitgliedern zu nehmen. Die Wirkung geht dabei weit über den Schutz von bedrohten Einzelpersonen hinaus. Indem das Komitee Öffentlichkeit herstellt in heiklen Fällen, in welchen Parlamentsmitglieder in der Ausübung ihres Mandats behindert werden, dient seine Tätigkeit letztlich in grundsätzlicher Weise dem Schutz der Meinungsfreiheit und der Stärkung elementarer demokratischer Grundrechte. Die Arbeit des Komitees hilft insbesondere Vertreterinnen und Vertretern von bedrängten Oppositionsparteien und Minderheiten, ihre politischen Positionen ohne Angst vor Repression und Verfolgung vertreten zu können.

Das Komitee bearbeitet zurzeit über 200 Fälle, die rund 30 Mitgliedstaaten der IPU betreffen. Nationalrätin Margret Kiener Nellen ist seit zwei Jahren als sehr engagiertes und angesehenes Mitglied in diesem kleinen, aber wirkungsvollen Komitee tätig.

### 8.2 Sitzungen des Leitungsausschusses der europäischen Ländergruppe (Zwölf plus) vom 25. Februar 2013 und vom 9. September 2013 in Paris

Sechs geopolitische Gruppen übernehmen in der IPU jene Funktionen, welche auf nationaler Ebene den Fraktionen zukommen. Die Schweiz gehört zur geopolitischen Gruppe der europäischen Länder, welche sich „Zwölf plus“ nennt. Der französische Senator Robert del Picchia ist seit drei Jahren Präsident dieser Gruppe. Er bildet zusammen mit den beiden vorangehenden



Präsidentinnen, mit den vier Mitgliedern der Gruppe im Exekutivkomitee der IPU sowie mit einigen weiteren, vom Präsidenten bestimmten Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Mitgliedstaaten den Leitungsausschuss der Gruppe.

Der Präsident der Gruppe lädt jeweils rund einen Monat vor den beiden jährlichen Versammlungen der IPU den Leitungsausschuss zu einer Vorbereitungssitzung nach Paris ein, um die Themen der kommenden IPU-Versammlung und Entscheide zur weiteren Entwicklung der IPU aus Sicht der geopolitischen Gruppe vorzubereiten.

Nationalrat Veillon ist seit seiner Wahl zum Mitglied des Exekutivkomitees auch Mitglied des Leitungsgremiums der „Zwölf plus“. An den beiden Sitzungen im Berichtsjahr befasste sich der Leitungsausschuss ausser mit der Erörterung der Resolutionsthemen der anstehenden IPU-Versammlungen unter anderem mit der prekären finanziellen Situation der Union, welche ein Resultat der Budgetreduktion bei vielen nationalen Parlamenten ist. Insbesondere der drohende Austritt von Kanada, welches eine signifikante Reduktion des IPU-Budgets und damit der Mitgliederbeiträge fordert, beschäftigte den Leitungsausschuss. Kanada ist Mitglied der „Zwölf plus“ und ist ebenfalls im Leitungsausschuss der Gruppe vertreten. Ein weiteres zentrales Thema an den beiden Pariser Sitzungen des Ausschusses war das Vorgehen bei der Suche und Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs der IPU.

### **8.3 Parlamentarierseminar zum Thema der Reform der Drogenpolitik vom 28./29. Oktober 2013 in London**

Das Parlamentarierseminar zur Drogenpolitik wurde von der britischen IPU-Delegation organisiert. Ziel des Seminars war es, das an der 128. Versammlung in Quito behandelte Thema weiter zu vertiefen und eine möglichst offene Diskussion unter Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu ermöglichen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem Fragen zu einem gesundheitsorientierten Zugang zur Drogenpolitik, zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Drogen, zu Geldwäscherei und Drogenschmuggel, zu Drogen in Gefängnissen oder zu den Auswirkungen der aktuellen Drogengesetzgebung auf das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen. Für die Schweizer Delegation nahm Nationalrat Ignazio Cassis an diesem Seminar teil. Als Arzt und Politiker war er an diesem Thema speziell interessiert und konnte seine besonderen Fachkenntnisse einbringen.

### **8.4 8. Treffen der Präsidentinnen nationaler Parlamente vom 12./13. November 2013 in New York**

Seit 2006 organisiert die IPU jährlich ein Treffen aller Präsidentinnen von nationalen Parlamentskammern. Nationalratspräsidentin Maya Graf nahm im November 2013 am 8. Treffen der Parlamentspräsidentinnen teil. Die Parlamentspräsidentinnen traten in New York zusammen, um über das Nachfolgeprogramm für die Millenniumentwicklungsziele zu diskutieren, die Uno-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, welche neu die ökonomische, ökologische und soziale Dimension in die Zielsetzung für die künftige Entwicklung mit einbeziehen sollen.

Im Fokus der Diskussionen standen diejenigen Entwicklungsziele, die besonders die Anliegen der Frauen betreffen. Unter anderem hielten die Präsidentinnen fest, dass die Gleichberechtigung



zwischen Männern und Frauen als eigenständiger Punkt in die Zielsetzungen für die nachhaltige Entwicklung aufgenommen werden sollte.

## **8.5 IPU-Parlamentarier-Hearing vom 14./15. November 2013 bei den Vereinten Nationen in New York**

Das Parlamentarier-Hearing am Hauptsitz der Vereinten Nationen war ebenfalls dem Thema „nachhaltige Entwicklung“ und dem Anschlussprogramm für die Millenniumentwicklungsziele gewidmet, welche 2015 auslaufen. Rund 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier nahmen an diesem Diskussionsforum teil, zu welchem die IPU gemeinsam mit dem Präsidenten der Uno-Generalversammlung und dem Präsidenten des Uno-Wirtschafts- und Sozialrates eingeladen hatten.

Das Hearing war thematisch in vier verschiedene Teile gegliedert. An jedem der vier Symposien nahmen renommierte Experten, führende Vertreter der betroffenen Institute der Uno sowie verschiedene Botschafter teil, welche ihr Land bei der Uno vertreten. So beteiligte sich am dritten Symposium unter anderem auch der Schweizer Botschafter Paul Seger als Podiumsteilnehmer zum Thema „Demokratische Kontrolle für eine nachhaltige Entwicklung“. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatten die Möglichkeit, sich mit Fragen an die zuständigen UN-Vertreter und Experten zu wenden und sich selbst mit ihren Ideen und Beurteilungen in die Diskussion über die Schwerpunktsetzung bei der Ausarbeitung des Programmes für nachhaltige Entwicklung einzubringen.

Die Schweiz war an diesem Hearing durch Nationalratspräsidentin Maya Graf vertreten, welche bereits am unmittelbar zuvor stattfindenden Treffen der Parlamentspräsidentinnen in New York teilgenommen hatte. Die Nationalratspräsidentin nutzte die Gelegenheit zu einem Besuch der Ständigen Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen sowie beim Schweizer Generalkonsulat in New York. Sie traf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Schweizer Vertretungen und diskutierte mit Botschafter Paul Seger und seinem engeren Mitarbeiterstab sowie mit dem Schweizer Generalkonsul, Botschafter François Barras, und seinem Team über die aktuellen Schwerpunkte der Tätigkeiten der beiden Vertretungen.

## **9 Reisekosten**

Durch die Reisen der acht Delegationsmitglieder in Zusammenhang mit der Teilnahme an den Versammlungen und weiteren offiziellen Anlässen der IPU entstanden zulasten der Bundesversammlung im Jahr 2013 Reisekosten<sup>1</sup> in der Höhe von 46 025 Franken.

---

<sup>1</sup> Ausgaben für Flugtickets und Bahnbillette